# S 33 KR 248/17

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 1.
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Beginn der Unternehmereigenschaft -

landwirtschaftlicher Unternehmer -

Erbausschlagung – Realakt Jedenfalls mit dem Ende der

Leitsätze Jedenfalls mit dem Ende der

Erbausschlagungsfrist nimmt der Erbe eines landwirtschaftlichen Unternehmens,

das weiter betrieben wird, die

unternehmerische Tätigkeit im Sinne des

§ 22 Abs. 1 Nr. 1 KVLG (1989) auf.

Normenkette KVLG (1989) § 2

KVLG (1989) § 4

KVLG (1989) § 22

SGB V § 8

1. Instanz

Aktenzeichen S 33 KR 248/17 Datum 28.10.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 KR 435/19 Datum 29.06.2023

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des KlĤgers wird das Urteil des Sozialgerichts Neuruppin vom 28. Oktober 2019 geĤndert. Es wird festgestellt, dass der KlĤger erst ab dem 13. August 2016 Pflichtmitglied der Beklagten ist. Im Ä∏brigen wird die Berufung zurĽckgewiesen.

Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

## Die Revision wird zugelassen.

ÂÂ

### **Tatbestand**

Die Beteiligten streiten prim $\tilde{A}$ ¤r  $\tilde{A}$ ½ber die Frage, ob die Beklagte den Kl $\tilde{A}$ ¤ger von seiner Pflichtversicherung bei ihr befreien muss.

Am 24. Juni 2016 verstarb das Mitglied der Beklagten, der Landwirt D K. Er hatte ein landwirtschaftliches Unternehmen mit ca. 156 Hektar WirtschaftsflĤche und Tierhaltung bewirtschaftet. Der Verstorbene hinterlieÄ ein leibliches Kind, hatte jedoch testamentarisch den KlĤger als Alleinerben eingesetzt. Dieser war zum Todeszeitpunkt 15 Jahre alt und Schļler.

Die Mutter des Klägers J K, eine Cousine des Verstorbenen, ist Beamtin und als solche beihilfeberechtigt. Ihr Sohn war bei der Beihilfe berýcksichtigungsfähiger Familienangehöriger und im Ã□brigen privat krankenversichert. Diese Versicherung ist zum 30. November 2016 gekþndigt worden und besteht nicht mehr.

Nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule absolvierte der KlĤger eine Ausbildung zum Landwirt. In diesem Zusammenhang führen die Beteiligten ein weiteres Gerichtsverfahren zu der Frage, ob der Kläger hauptberuflich selbstständiger Landwirt ist, welches derzeit aber ruht. Seit 8. Juli 2022 ist er unmittelbar im Anschluss an die Ausbildung vom Ausbildungsbetrieb übernommen worden und arbeitet dort seither in Vollzeit. Der Stundenlohn beläuft sich auf 13,15 â☐¬. Die Arbeitszeit und in der Folge auch das monatliche Entgelt variieren nach Jahreszeit. Die Gehaltsabrechnung für Dezember 2022 weist ein Bruttoentgelt i.H.v. 1.995,65 â☐¬ aus. Im eigenen â☐☐ geerbten â☐☐ landwirtschaftlichen Betrieb arbeitet er daneben nicht mehr als 15 Wochenstunden. Dort beschäftigt der Kläger (nach wie vor) einen Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig und nicht nur geringfügig.

Im Auftrag der Mutter des Klägers zeigte ein Bestattungsinstitut den Tod des Erblassers mit Schreiben vom 30. Juni 2016 der Beklagten an, dort eingegangen am 1. Juli 2016 (unter der Adresse â∏LKK Landwirtschaftliche Krankenkasse, Hoppegartener Str. 100, 15366 Hönowâ∏).

Die TestamentserĶffnung durch das Amtsgericht Neuruppin erfolgte am 1. Juli 2016. Unter dem 7. Juli 2016 bat die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau das Nachlassgericht im Wege der Amtshilfe um Mitteilung der Erben und ggf. des Erbanteils sowie Ã□bersendung des Erbscheins. Hierauf teilte das Nachlassgericht unter dem 13. Juli 2016 der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft mit, ein Erbschein sei noch nicht erteilt worden. Am 19. September 2016 riefen die Mutter und eine Steuerberaterin bei der Beklagten an und fragten, wann das Unternehmen auf den Kläger als Erben umgetragen werde.

Mit Schreiben vom 21. September 2016, aufgegeben zur Post am 23. September 2016, teilte die Beklagte daraufhin dem Klä¤ger (persä¶nlich) mit, dass er ein landwirtschaftliches Unternehmen bewirtschafte, welches die Mindestgrä¶ä∏e fä¾r die Versicherungspflicht als Unternehmer erreiche. Damit sei er grundsä¤tzlich versicherungspflichtig in der Kranken- und Pflegekasse. Um die Versicherungspflicht endgä¼ltig klä¤ren zu kä¶nnen, solle ein Fragebogen ausgefä¼llt bis zum 5. Oktober 2016 zurä¼ckgesendet werden. Dem Schreiben war ein Informationsblatt zur Kranken- und Pflegeversicherung beigefä¼gt. In diesem werden die Tatbestä¤nde der Versicherungspflicht als landwirtschaftlicher Unternehmer sowie Fä¤lle der Vorrangversicherung, der Versicherungsfreiheit und die Befreiungsmä¶glichkeiten erlä¤utert.

Im Fragebogen und ihrem Begleitschreiben vom 5. Oktober 2016, eingegangen bei der Beklagten am 7. Oktober 2016, teilte die Mutter u.a. mit, dass der KlĤger aufgrund anderweitiger Versicherung nicht verpflichtet sei, sich in der landwirtschaftlichen Krankenkasse zu versichern, weil eine doppelte Versicherung nicht mA¶glich sei. Da der Betrieb nur Verluste erwirtschafte und Kredite sowie Pflichtteilsansprýche ausgezahlt werden müssten, sei eine Beitragszahlung nicht mĶglich, ohne dass sich der KlĤger verschulde. Der Betrieb werde durch sie für ihn geführt. Als gesetzliche Vertreterin sei sie für alle Belange des Betriebes verantwortlich. Mit Schreiben vom 10. Oktober 2016 fragte die Beklagte beim KlĤger (wiederum persĶnlich) nach, wer das landwirtschaftliche Unternehmen tatsÃxchlich bewirtschafte, das wirtschaftliche Risiko trage und die Entscheidungen treffe. Die Mutter des KlĤgers antwortete mit Schreiben vom 25. Oktober 2016 (bei der Beklagten eingegangen am 28. Oktober 2016) und beantragte fÃ1/4r ihren Sohn (nun) auch ausdrÃ1/4cklich die Befreiung von der Versicherungspflicht bei der Beklagten, bis er die Schule und eine Berufsausbildung abgeschlossen habe.

Die Beklagte lehnte den Antrag auf Befreiung mit Bescheid vom 21. November 2016 ab. Zur Begrýndung führte sie aus, der Antrag sei verfristet, denn er sei nicht binnen drei Monaten nach Eintritt der Versicherungspflicht gestellt worden. Diese sei zum 25. Juni 2016 eingetreten. Der Antrag sei hingegen erst am 28. Oktober 2016 eingegangen. Eine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand sei nicht möglich (Bezugnahme auf Urteil des Bundessozialgerichts [BSG] vom 10. Juni 1980  $\hat{A} \square 11 \ RK \ 11/79$ ).

Mit weiterem Bescheid vom 23. November 2016 teilte die Beklagte dem Kl $\tilde{A}$ ¤ger mit, diesen seit 25. Juni 2016 als Mitglied in der Kranken- und Pflegekasse zu f $\tilde{A}$ ½hren. Sie setzte unter Zugrundelegung eines Fl $\tilde{A}$ ¤chenwertes in H $\tilde{A}$ ¶he von 128.090 DM f $\tilde{A}$ ½r die Zeit ab 25. Juni 2016 Beitr $\tilde{A}$ ¤ge in H $\tilde{A}$ ¶he von 408,75  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ monatlich f $\tilde{A}$ ½r die Krankenversicherung und von 54,20  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ f $\tilde{A}$ ½r die Pflegeversicherung fest.

Die Mutter des KlĤgers erhob Widerspruch: Die Frist habe ihres Erachtens frühestens ab Kenntnis bzw. Zustellung einer entsprechenden Aufforderung oder eines Hinweises zu laufen begonnen. Sie habe bereits am zweiten Tag nach dem Erhalt des Schreibens der Beklagten vom 21. September 2016 telefonisch

mitgeteilt, dass ihr Sohn keine gesetzliche Krankenversicherung benĶtige.

Mit Faxschreiben vom 19. Dezember 2016, eingegangen am 20. Dezember 2016, stellte die Mutter nochmals einen â□□ nunmehr â□□ allgemeinen Antrag auf Befreiung und stellte klar, dass bereits die früheren Schreiben so auszulegen gewesen seien. Mit Schreiben vom selben Datum erklärte der Kläger, vertreten durch seine Mutter, gegenüber der Beklagten einen Leistungsverzicht für die Zeit bis zum 30. November 2016. Die Beklagte schlug daraufhin Beitragsforderungen bis 30. November 2016 nieder (Schreiben vom 19. Januar 2017). Sie setzte mit Bescheid vom 9. Januar 2017 die monatlichen Beiträge für die Zeit ab 1. Januar 2017 auf insgesamt 667,20 â□¬ fest.

Ab 2017 nahm der KlĤger Leistungen aus der landwirtschaftlichen Krankenversicherung in Anspruch. Dabei handelte es sich unter anderem um Ĥrztliche und zahnĤrztliche Behandlungen sowie Hilfsmittel und Betriebs- und Haushaltshilfe. Die gezahlten Leistungen belaufen sich auf insgesamt 1.749,17 â□¬.

Mit Widerspruchsbescheid vom 26. Juli 2017 wies die Beklagte den Widerspruch zur $\tilde{A}^{1}$ 4ck. Zur Begr $\tilde{A}^{1}$ 4ndung f $\tilde{A}^{1}$ 4hrte sie u.a. aus, die Antragsfrist von drei Monaten gem $\tilde{A}$   $\cong$   $\tilde{A}$  4 Abs. 2 Satz 1 Zweites Gesetz  $\tilde{A}^{1}$ 4ber die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG) beginne auch dann mit dem Eintritt der Versicherungspflicht, d.h. mit der Aufnahme der Unternehmert $\tilde{A}$  ztigkeit, wenn zu diesem Zeitpunkt noch keine Aufnahmemitteilung der Beklagten vorliege (Bezugnahme auf S $\tilde{A}$  zchsisches Landessozialgericht [LSG], Urteil vom 11. Dezember 2008  $\hat{a}$   $\subseteq$  L 1 KR 63/07). Nach ihren Angaben ist der Widerspruchsbescheid am 27. Juli 2017 versandt worden.

Der KlĤger hat hiergegen am 4. September 2017 (Montag) Klage beim Sozialgericht Neuruppin (SG) erhoben. Zu deren Begründung hat er u.a. ausgeführt, seine Mutter habe den Eingang des Widerspruchsbescheides (erst) am 3. August 2017 handschriftlich vermerkt. Das Schreiben sei durch einen privaten Postdienstleister zugestellt worden, bei welchem Zustellungsverzögerungen eher die Regel als eine Ausnahme darstellten. Wenn â□□ wie hier â□□ eine Abweichung zwischen postalischer Adresse und dem Ort der Zustellung bestehe, komme es zu Zustellungsverzögerungen. Auch hätten er und seine Mutter einen Nachsendeantrag zur jetzigen Anschrift gestellt gehabt. Seine Mutter erinnere sich noch genau, dass sie anlässlich des Schreibens der Beklagten vom 21. September 2016 bereits am Montag, den 26. September 2016 mit der Beklagten zwecks Klärung telefoniert habe.

Die Beklagte hat vorgebracht, ein Telefonat der Mutter des KlĤgers mit ihrer Mitarbeiterin, Frau F, am 26. September 2016 kurz nach 8 Uhr habe nicht stattfinden kĶnnen, weil Frau F zu diesem Zeitpunkt nachweislich nicht im Dienst gewesen sei. Eine Wiedereinsetzung in die versĤumte Frist zur Beantragung der Befreiung von der Versicherungspflicht sei nicht mĶglich. Der KlĤger sei keinesfalls durch Universalsukzession zum Landwirt geworden. Er habe nach Aktenlage vielmehr bereits wenige Tage nach dem Tode des Erblassers und deshalb lange Zeit vor Ablauf der Befreiungsfrist Kenntnis darĽber gehabt, Alleinerbe eines landwirtschaftlichen Unternehmens zu sein. Er habe sich bewusst dafļr

entschieden, das Erbe nicht auszuschlagen.

Das SG hat im ErĶrterungstermin am 22. Juli 2019 die Mutter des KlĤgers als Zeugin vernommen. Hinsichtlich des Inhaltes der Zeugenaussage wird auf das Protokoll der Sitzung Bezug genommen. Der KlĤger hat erstinstanzlich beantragt, die Bescheide des Beklagten vom 21. November 2016 und vom 23. November 2016 aufzuheben, hilfsweise festzustellen, dass er nicht bei der Beklagten pflichtversichert sei.

Das SG hat diese Klage durch Urteil vom 28. Oktober 2019 abgewiesen. Zur BegrÃ⅓ndung hat es u.a. ausgefÃ⅓hrt, soweit sich die Klage auch gegen den Beitragsbescheid vom 23. November 2016 richte, sei sie unzulässig. Denn der Kläger habe hiergegen keinen Widerspruch eingelegt. Sein Widerspruch habe sich ausschlieÃ□lich gegen den Bescheid vom 21. November 2016 gerichtet. Auch der Widerspruchsbescheid der Beklagten vom 26. Juli 2017 sei nur zum Bescheid vom 21. November 2016 ergangen.

Die kombinierte Anfechtungs- und Verpflichtungsklage gegen den Ablehnungsbescheid vom 21. November 2016 sei zulĤssig, jedoch unbegrļndet. Denn der Kläger habe nicht rechtzeitig die Befreiung von der Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung bei der Beklagten nach <u>§ 4 Abs. 1 Nr. 1</u> KVLG als einzig mĶglicher Befreiungsgrundlage beantragt. Er habe, vertreten durch seine Mutter als Alleinsorgeberechtigte, seine unternehmerische TÄxtigkeit, welche nach <u>§ 22 Abs. 1 KVLG</u> für den Beginn der Mitgliedschaft maÃ∏geblich sei, spätestens am 29. Juni 2016 begonnen. MaÃ∏geblich sei die tatsächliche Aufnahme der wirtschaftlichen TÄxtigkeit als sogenannte Rechts- oder Tathandlung im Rahmen eines Realaktes (Bezugnahme auf BSG, Urteil vom 27. August 1998 â∏∏ B 10 KR 5/97 R). Als Beginn der unternehmerischen TÄxtigkeit komme bereits der Tag des Versterbens des Erblassers in Betracht, denn an diesem Tage habe die Mutter die Betriebsfļhrung zumindest mit übernommen. Letztlich sei der Betrieb auch ab diesem Tag auf Rechnung des KlAzgers gefA¼hrt worden. Allerdings hÄxtten der KlÄxger und seine Mutter angegeben, zunÄxchst nicht gewusst zu haben, dass der KlÄxger als Alleinerbe eingesetzt worden sei. SpÄxtestens der Zeitpunkt, an dem die Mutter Kenntnis von der Erbeinsetzung ihres Sohnes gehabt und auch für diesen den Betrieb fortgeführt habe, sei als Beginn der unternehmerischen TÄxtigkeit anzusehen. So habe der KlÄxger im Erörterungstermin ausgeführt, dass bereits angefangen worden sei, die Buchhaltung zu übernehmen. Die Mutter selbst habe bekundet, gleich nach dem Auffinden des Testaments am 29. Juni 2016 mit angepackt zu haben. Dass die Mutter weiter angegeben habe, dass sie den Betrieb zusammen mit ihrem Bruder selbstverstĤndlich in jedem Fall zunĤchst fortgefļhrt hĤtte, sei nicht ma̸geblich, weil es auf ihre Intention unter den konkreten Umständen ankomme. Bis zum 29. September 2016 habe der KlĤger jedoch keinen Befreiungsantrag gestellt. Insoweit komme alleine das vom KlĤger behauptete Telefonat zwischen seiner Mutter und der Mitarbeiterin der Beklagten Frau F in Betracht. Das SG sei allerdings nicht davon ýberzeugt, dass es ein solches Telefonat überhaupt gegeben habe. Jedenfalls ergebe sich weder aus dem klĤgerischen Vorbringen noch aus den Aussagen der Mutter, dass innerhalb des

behaupteten Telefonates ein Befreiungsantrag gestellt worden wÄxre.

Dem Klå¤ger sei auch keine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand zu gewå¤hren. Ob eine solche må¶glich sei, sei umstritten. Von mangelndem Verschulden im Sinne des <u>å§ 27 Abs. 1</u> Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) sei nicht auszugehen. Der Sache nach berufe sich der Klå¤ger auf seine Unkenntnis der Rechtslage. Eine solche sei aber grundså¤tzlich nicht geeignet, ein mangelndes Verschulden zu begrå¼nden. Auch habe seine Mutter und damit er selbst innerhalb der noch laufenden Frist von der Versicherungspflicht Kenntnis erhalten. Aufgrund des å¼bereinstimmenden Vortrages des Klå¤gers und seiner Mutter stehe fest, dass diese das å□□Begrå¼ā□ungsschreibenâ□□ vom 21. September 2016 am 24. September 2016 erhalten habe und ihr damit jedenfalls vor dem Fristablauf frå¼hestens am 26. September 2016 die Versicherungspflicht, die Må¶glichkeit der Befreiung und die Geltung der Dreimonatsfrist bekannt gewesen sei.

Der KlĤger sei auch nicht nach den GrundsĤtzen ýber den sozialrechtlichen Herstellungsanspruch so zu stellen gewesen, als habe er den Befreiungsantrag fristgerecht gestellt. Eine Verletzung einer Beratungs- und Betreuungspflicht durch die Beklagte sei nicht zu erkennen. Diese habe den KlĤger sofort nach Kenntnis der Betriebsýbernahme mit Schreiben vom 21. September 2016 auf die bestehende Versicherungspflicht, die Befreiungsmöglichkeiten und die Frist hingewiesen. Sie habe nach Versterben des Erblassers ausreichend Nachforschungen angestellt, wer Rechtsnachfolger des Betriebes geworden sei, indem bereits am 7. Juli 2016 beim Nachlassgericht und bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Nachfragen erfolgt seien. Auch habe den KlĤger selbst nach § 27 KVLG eine Mitteilungspflicht getroffen.

Auch der Hilfsantrag auf Feststellung, nicht in der landwirtschaftlichen Kranken- und Pflegekasse versichert zu sein, sei unbegründet. Denn der Kläger sei nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 KVLG pflichtversichert. Sein Unternehmen erreiche die MindestgrĶÄ∏e für ein landwirtschaftliches Unternehmen von acht Hektar nach § 2 Abs. 1 Satz 1 KVLG i.V.m. § 1 Abs. 5 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) und dem entsprechenden Beschluss der Vertreterversammlung. Das Unternehmen des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) gers beruhe auf Bodenbewirtschaftung und \(\tilde{A}\)\(^1\)\(\tilde{d}\) berschreite diese MindestgröÃ∏e. Der Kläger übe die Tätigkeit auch selbstständig aus und sei Unternehmer nach § 2 Abs. 3 Satz 1 KVLG. Seine Mutter habe als alleinige gesetzliche Vertreterin für ihn als Minderjährigen das Unternehmen geführt, wie sich aus ihren schriftlichen Bekundungen und Aussagen vor Gericht ergebe. Eine der Ausnahmen von der Versicherungspflicht liege nicht vor. Es gebe keine anderweitige Versicherung nach § 3 KVLG. Auch eine Versicherungsfreiheit nach <u>§ 3 a KVLG</u> i.V.m. <u>§ 6</u> Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) sei nicht gegeben Nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB V seien zwar u. a. Beamte eines Landes versicherungsfrei, wenn sie nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder GrundsÃxtzen bei Krankheit Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge und auf Beihilfe oder Heilfürsorge hÃxtten. Dies gelte jedoch nur für die Beamtin selbst und nicht fýr deren Angehörige. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Versicherungspflicht bestünden nicht.

Gegen diese am 11. November 2019 zugestellte Entscheidung richtet sich die Berufung des Klägers vom 11. Dezember 2019.

Zur Berufungsbegründung führt der Kläger aus, bereits das Telefonat der Mutter des Klägers am 26. September 2016 stelle einen Befreiungsantrag dar. Die Mutter habe zum Ausdruck gebracht, eine Mitgliedschaft des Sohnes in der landwirtschaftlichen Krankenkasse nicht für notwendig zu erachten. Jedenfalls sei dem Kläger Wiedereinsetzung in die versäumte Frist des § 4 Abs. 2 Satz 1 KVLG zu gewähren. Verschulden setze mindestens bedingten Vorsatz voraus. Dem Kläger könne allenfalls Fahrlässigkeit vorgeworfen werden. Selbst bei Zugang des BegrüÃ∏ungsschreibens am 24. September 2016 habe er die Unkenntnis der Rechtslage nicht rechtzeitig bis zum 26. September 2016 ausräumen können. Die erforderliche Fachkompetenz hierfür habe in der kurzen Zeit nicht eingeholt werden können. Aktuell prüfe die BKK V eine Pflichtmitgliedschaft bei ihr.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Neuruppin vom 28. Oktober 2019 zu Ĥndern und die Beklagte unter Aufhebung ihres Bescheides vom 21. November 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. Juli 2017 zu verpflichten, ihn von der Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung zu befreien,

hilfsweise festzustellen, dass er nicht bei der Beklagten pflichtversichert ist.

Die Vertreterin der Beklagten beantragt,

die Berufung zurýckzuweisen.

Sie verteidigt die angegriffene Entscheidung. ErgĤnzend führt sie aus, in ihrem Hause würden über alle Telefonate Aktenvermerke geführt. Keinesfalls könne die entsprechende Mitarbeiterin, Frau F bereits um kurz nach 8 Uhr am 26. September 2016 ein Telefonat geführt haben, weil sie nachweislich erst um 8.42 Uhr das Dienstgebäude betreten habe. Da es sich bei § 4 Abs. 2 Satz 2 KVLG um eine Ausschlussfrist handele, sei eine Wiedereinsetzung nach § 27 Abs. 1 SGB X ausgeschlossen. Spätestens am Tag der Testamentseröffnung am 1. Juli 2016 habe Unternehmertätigkeit vorgelegen. Auf die subjektive Wahrnehmung der Unternehmereigenschaft könne nicht abgestellt werden. MaÃ□geblich sei das Tragen von Gewinn und Verlust. Eine Wiedereinsetzung komme jedenfalls dann nicht in Betracht, wenn die Fristversäumung auf der Unkenntnis des Antragstellers beruhe.

Der Senat hat beim Landkreis Ostruppin-Prignitz nach VorgĤngen für den landwirtschaftlichen Betrieb DK bzw. N K angefragt. Dessen Amt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft hat mit Schreiben vom 13. Juni 2022 mitgeteilt, dass am 24. Oktober 2016 der Erbschein eingereicht worden sei. Am 8. November 2016 habe die Mutter des Klägers für diesen die Vergabe einer Betriebsnummer beantragt, welche am 15. November 2016 vergeben worden sei.

Auf die von den Beteiligten im Verwaltungsverfahren und vor Gericht eingereichten SchriftsĤtze wird ergĤnzend Bezug genommen. Der Verwaltungsvorgang der Beklagten sowie der Vorgang der SVLFG â\[ \] Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft â\[ \] lagen haben vorgelegen und sind Gegenstand der m\[ \tilde{A}^{1}\] Andlichen Verhandlung gewesen.

Â

# EntscheidungsgrÃ1/4nde

Streitgegenstand des Berufungsverfahrens ist nicht der Beitragsbescheid vom 23. November 2016 und damit auch nicht etwaige weitere Beitragsbescheide. Die Berufung greift die erstinstanzliche Zurýckweisung der Klage als insoweit unzulÃxssig nicht an.

Der statthaften und zulĤssigen (<u>§Â§ 143</u>, <u>144</u>,151 Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG) Berufung muss überwiegend der Erfolg versagt bleiben.

Zu Recht hat das SG Klage im Hauptantrag abgewiesen.

Zwar ist diese insgesamt zul\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ssig. Insbesondere ist die Klagefrist des \(\tilde{A}\)\(\tilde{8}\) 87 Abs. 1 Satz 1 SGG von einem Monat nach Bekanntgabe des Widerspruchsbescheides nach § 87 Abs. 2 SGG eingehalten. Der Widerspruchsbescheid vom 26. Juli 2017 ist dem KIäger erst am 3. August 2017 zugegangen. Nach <u>§ 37 Abs. 2 Satz 1 SGB X</u> gilt ein schriftlicher Verwaltungsakt, der im Inland durch die Post übermittelt wird, am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekanntgegeben. Dies gilt nach § 37 Abs. 2 Satz 3 SGB X jedoch nicht, wenn der Verwaltungsakt nicht oder zu einem spĤteren Zeitpunkt zugegangen ist; im Zweifel hat die BehĶrde den Zugang des Verwaltungsakts und den Zeitpunkt des Zugangs nachzuweisen. Hier ist zweifelhaft, dass das Schreiben der Mutter als gesetzlicher Vertreterin des KlĤgers bereits am 30. Juli 2017, dem dritten Tag nach der von der Beklagten behaupteten Versendung am 27. Juli 2017, zugegangen ist. Diese Zweifel ergeben sich aus dem Umstand, dass der Bescheid aufgrund eines Nachsendeantrages an einen anderen Ort übermittelt wurde, was bereits zu Verzögerungen führen kann. Zudem verweist der KlĤger zutreffend auf die allgemein langen Postlaufzeiten gerade bei den lokalen privaten Zustelldiensten. Einen Nachweis des Zeitpunkts des Zuganges hat die Beklagte nicht erbracht.

Die Klage ist im Hauptantrag jedoch unbegründet.

Der Ablehnungsbescheid der Beklagten vom 21. November 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. Juli 2017 stellt sich im Ergebnis als rechtmäÃ∏ig dar und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten. Der Kläger hat keinen Anspruch, nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. Zweites Gesetz Ã⅓ber die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG) von der Pflichtversicherung aufgrund § 2 Abs. 1 Nr. 1 KVLG befreit zu werden.

Der Senat teilt zunÄxchst die Auffassung der Beklagten und des SG, dass der

Kläger als Unternehmer der Landwirtschaft ein Unternehmen betreibt, das auf Bodenbewirtschaftung beruht und die MindestgröÃ∏e nach <u>§ 2 Abs. 1 Nr. 1 KVLG</u> erreicht, in der landwirtschaftliche Unternehmer in der Krankenversicherung der Landwirte versicherungspflichtig sind.

Auf Antrag wird von dieser Versicherungspflicht befreit, wer durch seine T $\tilde{A}$ xtigkeit als landwirtschaftlicher Unternehmer versicherungspflichtig wird, wenn der Wirtschaftswert seines landwirtschaftlichen Unternehmens 60.000 Deutsche Mark  $\tilde{A}^{1}$ 4bersteigt. Der Antrag ist nach  $\hat{A}$ § 4 Abs. 2 Satz 1 und 4 KVLG innerhalb von drei Monaten nach Eintritt der Versicherungspflicht zu stellen.

Der Senat geht wie bereits das SG weiter davon aus, dass der Flächenwert von 60.000 DM überschritten ist. Auf die zutreffenden Ausführungen im angegriffenen Urteil wird gemäÃ∏ <u>§ 153 Abs. 2 SGG</u> verwiesen. Der (zwischen den Beteiligten unstreitige) korrigierte Flächenwert betrug 71.066 â∏¬ (= 128.090DM). Die Berechnungen der Beklagten im Bescheid vom 23. November 2016 sind nicht angegriffen worden. Fehler sind nicht ersichtlich.

Der Befreiungsantrag ist nach <u>§ 4 Abs. 2 Satz 1 KVLG</u> nur möglich, wenn er innerhalb von drei Monaten nach Eintritt der Versicherungspflicht gestellt wird. Diese Frist ist hier entgegen der Auffassung der Beklagten und des SG eingehalten. Der Befreiungsantrag vom 28. Oktober 2016 ist rechtzeitig innerhalb von drei Monaten gestellt worden.

diesen vom 25. Oktober 2016 enthĤlt einen ausdrļcklichen Befreiungsantrag. Aus der ma̸geblichen objektivierten Empfängersicht enthält er keine unzulÄxssige Bedingung einer nur vorļbergehenden Befreiung bis Schule und Berufsausbildung abgeschlossen seien. Der Satz â∏Da es in der SVLG die Möglichkeit gibt (,) sich als Schüler und Student von der Versicherungspflicht befreien zu lassen, beantrage ich hiermit die Befreiung von der Versicherungspflicht in der SVLG få¼r meinen Sohn bis er die Schule und eine Berufsausbildung abgeschlossen hatâ∏∏ stellt sich (nur) als Bezugnahme auf einen unzutreffenden Befreiungstatbestand dar, nicht hingegen als Antrag auf nur vorļbergehende Befreiung, solange der KlĤger noch Schüler oder Auszubildender sei. Auch die Beklagte hat den Befreiungsantrag als unbedingt angesehen und in der Sache beschieden. Die Mutter des Klägers hat im Ã∏brigen mit Faxschreiben vom 19. Dezember 2016, eingegangen am 20. Dezember 2016, nochmals einen â∏∏ nunmehr â∏ allgemeinen Antrag auf Befreiung gestellt und ausdrücklich klargestellt, dass bereits die früheren Schreiben so auszulegen gewesen seien.

Ausgehend hiervon ist der Antrag bei einem Beginn der Unternehmereigenschaft (erst) ab 28. Juli 2016 fristwahrend erfolgt:

Nach <u>§ 22 Abs. 1 KVLG</u> ist für den Beginn der Mitgliedschaft der Tag der Aufnahme der Tätigkeit als landwirtschaftlicher Unternehmer maÃ□geblich. Hierfür istim vorliegenden Fall der Ablauf der gesetzlichen Frist zur Ausschlagung des Erbes nach <u>§Â 1944 Abs. 1</u> Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) anzusetzen. Die

Ausschlagungsfrist betrĤgt sechs Wochen und beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem der Erbe von dem Anfall und dem Grund der Berufung Kenntnis erlangt (§ 1944 Abs. 2 S. 1 BGB), nicht jedoch vor Bekanntgabe der VerfĽgung von Todes wegen durch das Nachlassgericht, wenn â me wie hier â der Erbe durch Verfýgung von Todes wegen berufen ist (§ 1944 Abs. 2 S. 2 BGB).

Die Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung tritt mit dem Vorliegen ihrer Voraussetzungen kraft Gesetzes ein, ohne dass es hierzu eines feststellenden Verwaltungsakts oder der Kenntniserlangung des Versicherten hiervon bedarf (BSG, Urteil vom 9. November 2011 â B 12 KR 21/09 R â I juris Rn. 17 mit weiteren Nachweisen). Dies verdeutlicht gerade §Â 22 Abs. 1 Nr. 1 KVLG, der fà 4 den Beginn der Mitgliedschaft allein an den Tag der Aufnahme der Tà x tigkeit als landwirtschaftlicher Unternehmer anknà 4 pft, wà x hrend die Mitgliedschaft der nach §Â 2 Abs. 1 Nr. 2 und 5 KVLG 1989 Versicherungspflichtigen erst mit deren Aufnahme in das Mitgliederverzeichnis beginnt.

Maà geblich ist aber nicht die bloà luniversalsukzession, sondern ein tatsà xchliches Handeln. Mit dem Tod eines Landwirts geht zwar dessen Vermögen (Erbschaft) als Ganzes auf den oder die Erben über, § 1922 BGB. Hiervon zu trennen ist aber die unternehmerische TÃ xtigkeit. Wer die Rechte an einem Unternehmen erbt, ist nicht automatisch selbst Unternehmer.

So beginnt im Steuerrecht nach Nr. 19 der Umsatzsteuer-Richtlinien die Unternehmereigenschaft (im Sinne von <u>§ 2</u> Umsatzsteuergesetz) (erst) mit dem ersten nach au̸en erkennbaren, auf eine Unternehmertätigkeit gerichteten TĤtigwerden, wenn die spĤtere Ausfļhrung entgeltlicher Leistungen beabsichtigt ist (Verwendungsabsicht) und die Ernsthaftigkeit dieser Absicht durch objektive Merkmale nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird (Nr. 19 Abs. 1 Satz 1 Umsatzsteuer-Richtlinien). Im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung der Landwirtschaft ist das Ende der Mitgliedschaft nach §Â 24 Abs. 1 Nr. 2 KVLG 1989 gleichlaufend wie der Beginn nur an die (faktische) Aufgabe der TÄxtigkeit als landwirtschaftlicher Unternehmer gekoppelt (vgl. BSG, Urteil vom 27. August 1998Â â∏∏ <u>B 10 KR 5/97 R</u>Â â∏∏, <u>BSGE 82, 283</u>-295, juris Rn. 26). Die Aufgabe der TÄxtigkeit als landwirtschaftlicher Unternehmer im Sinne des <u>ŧÅ 24 Abs. 1 Nr. 2</u> KVLG ist unmittelbar keine WillenserklĤrung, sondern eine sogenannte Rechtsoder Tathandlung (Realakt). Realakte sind auf einen tatsÃxchlichen Erfolg gerichtete WillensbetÄxtigungen, die kraft Gesetzes eine Rechtsfolge hervorbringen, ohne Rýcksicht darauf, ob sie von dem Handelnden gewollt ist oder nicht (BSG, Urteil vom 27. August 1998, a.a.O. Rn. 28).

Entsprechendes muss spiegelbildlich deshalb auch für den Beginn der Unternehmertätigkeit gelten. Hiervon ist bereits zutreffend das SG ausgegangen. Ein entsprechendes tatsächliches Handeln, das einen haftungsbegründeten Rechtschein erzeugen kann, dass das landwirtschaftliche Unternehmen des Verstorbenen nicht mehr nur abgewickelt bzw. treuhänderisch verwaltet wird, sondern nunmehr ein neuer Unternehmer tätig wird, stellt hier aber erst das Verstreichenlassen der Frist zur Erbausschlagung dar. Mit Ablauf der

Erbausschlagungsfrist als Z $\tilde{A}$ xsur hat sich manifestiert, dass der landwirtschaftliche Betrieb nicht mehr treuh $\tilde{A}$ xnderisch betrieben wird, sondern nunmehr vom bzw. f $\tilde{A}$ 1/4r den Kl $\tilde{A}$ xger. Die Frist zur Erbausschlagung lief hier am 12. August 2016 ab, da das Testament am 1. Juli 2016 er $\tilde{A}$ 1 ffnet worden ist.

Ein zeitlich vor dem 12. August 2016 stattgefundenes hinreichend als WillensbetÄxtigung feststellbares reales Handeln, aus welchem sich bereits die unternehmerische TÄxtigkeit des KIÄxgers zeigen kĶnnte, gibt es nicht. Weder das Auffinden des Testaments noch die TestamentserĶffnung am 1. Juli 2016 sind geeignet, die bis dahin bereits begonnen Nothilfema̸nahmen zur Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes mit Viehhaltung von den nachfolgenden als solchen fýr den Kläger als Erben abzugrenzen. Die Mutter des Klägers hat als Zeugin glaubhaft und glaubwürdig sowie nachvollziehbar vorgetragen, dass der landwirtschaftliche Betrieb ihres verstorbenen Cousins habe weiterlaufen müssen. Deshalb hÃxtten ihr Bruder und sie zusammen mit dem Angestellten und weiteren Freunden den Betrieb unterstýtzt. So seien z. B. Rechnungen bezahlt und die 140 Kühe versorgt worden. AuÃ∏er ihnen hätte sich im Ort niemand sich um den Betrieb kümmern können. Sie hat ausgeführt, als Nothelfer den Betrieb in jedem Falle erst einmal weitergeführt zu haben, auch beispielsweise für den Fall, dass der leibliche Sohn des Verstorbenen im Testament als Erbe bestimmt worden wAxre. Dass die Mutter bereits als Vertreterin ihres Sohnes gehandelt hat, ist deshalb nicht feststellbar. Dies zeigt sich auch nicht etwa dadurch, dass sie dabei unter anderem Buchhaltungsarbeiten vorgenommen hat. Damit manifestiert sich keine UnternehmertÄxtigkeit fļr den KlÄxger. Der KlÄxger ist auch nicht bereits vor dem 13. August 2016 der zustÄxndigen LandwirtschaftsbehĶrde gegenüber als Unternehmer aufgetreten, obgleich für einen landwirtschaftlichen Betrieb der Erhalt von Subventionen ganz wesentlich ist.

Der KlĤger war deshalb erst ab 13. August 2016 landwirtschaftlicher Unternehmer und hatte demnach bis (Montag, den) 14. November 2016 Zeit, den Befreiungsantrag zu stellen.

Allerdings setzt die Befreiung nach <u>§ 4 Abs. 2 S. 4 KVLG</u> (in der seit 1. August 2013 geltenden Fassung; ebenso der gleichzeitig eingef<u>Ã</u>½hrte <u>§ 8 Abs. 2 S. 4 SGB V</u> f<u>Ã</u>½r die allgemeine Befreiungsvorschrift des <u>§ 8 Abs. 1 SGB V</u>) den <u>â</u> Nachweis<u>â</u> eines anderweitigen Anspruchs auf Absicherung im Krankheitsfall voraus. Nach dem Gesetz steht die Befreiung also nicht (nur) unter der Bedingung, dass eine anderweitige Versicherung besteht bzw. bestehen wird. Der Erlass des Befreiungsbescheides ist vielmehr an den Nachweis des anderweitigen Krankenversicherungsschutzes gekoppelt:

FÃ⅓r <u>§ 8 SGB V</u> entspricht es der soweit ersichtlich allgemeinen Auffassung, dass der Gesetzgeber im Sinne einer echten Befreiungsvoraussetzung davon ausgeht, dass eine Entscheidung der Krankenkasse Ã⅓ber die Befreiung erst ergeht, wenn ein anderweitiger Krankenversicherungsschutz nachgewiesen ist. â∏Kann eine Person, die einen Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht stellt, eine anderweitige Absicherung im Krankheitsfall nicht nachweisen, wird die Befreiung nicht wirksam, sodass der Versicherungsschutz in der gesetzlichen

Krankenversicherung bestehen bleibt. Weist die Person hingegen beispielsweise eine bestehende Absicherung in der privaten Krankenversicherung nach, ist die Befreiung auszusprechen. Ein lückenloser Versicherungsschutz ist damit gewährleistet und Beitragsrückstände wegen einer verspätet festgestellten Versicherung entstehen nichtâ∏ (BT-Drs. 17/13947, S. 26f; vgl. Hampel in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB V, 4. Aufl., §Â 8 SGB V [Stand: 15.06.2020], Rn. 127). Für die gleichzeitig eingeführte inhaltlich identische Regelung in § 4 Abs. 2 S. 1 und 4 KVLG kann nichts Anderes gelten.

Eine solche Absicherung bestand vorliegend lediglich bis zum 30. November 2016, seither und derzeit aber nicht. Es fehlt bis heute an einem entsprechenden Nachweis, obwohl bereits das SG in der Begrýndung der Klageabweisung unter anderem auf diese Befreiungs-Tatbestandsvoraussetzung abgestellt hat und auch der Senat entsprechende Hinweise erteilt hat.

Die frühere private Resttarif-Versicherung der Mutter des Klägers für diesen zur Abdeckung des nicht durch die Beihilfe gedeckten Teils, ist seit langem gekündigt. Dass der Kläger (oder möglicherweise nur seine Mutter für ihn), wie von ihm vorgetragen, eine sogenannte kleine Anwartschaft bei der D innehat, reicht für die Annahme einer Krankenvollversicherung nicht aus. Eine solche Anwartschaft entbindet nach MaÃ□gabe der Versicherungsbedingungen des Versicherungsvertrages bei einem neuen Abschluss nur von der Notwendigkeit einer erneuten Gesundheitsprüfung mit entsprechende Neueinstufung der Risiken.

Einer aktuellen Pflichtversicherung, welche die BKK V derzeit pr $\tilde{A}^{1}$ 4ft, als abh $\tilde{A}$  $\alpha$ ngig Besch $\tilde{A}$  $\alpha$ ftigter nach  $\hat{A}$  $\alpha$ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V steht  $\hat{A}$  $\alpha$ 5 Abs. 5 SGB V (hauptberufliche Selbstst $\tilde{A}$  $\alpha$ ndigkeit) entgegen. Nach Satz 2 1. Halbsatz dieses Absatzes des  $\hat{A}$  $\alpha$ 5 SGB V wird eine hauptberufliche Selbstst $\tilde{A}$  $\alpha$ ndigkeit vermutet, wenn  $\hat{A}$  $\alpha$ 6 wie hier  $\hat{A}$  $\alpha$ 7 der Unternehmer einen Arbeitnehmer nicht nur geringf $\hat{A}$  $\alpha$ 7 die besch $\hat{A}$  $\alpha$ 8 ftigt.

Einer Befreiung steht zudem  $\frac{\hat{A}}{\hat{S}}$  4 Abs. 2 Satz 3 KVLG entgegen, wonach diese ausgeschlossen ist, wenn bereits Leistungen nach diesem Gesetz in Anspruch genommen worden sind. Der Kl $\hat{A}$ ¤ger hatte im Dezember 2016 r $\hat{A}$ ½ckwirkend auf Leistungen bis zum 30. November 20176 verzichtet. Allerdings sind nunmehr unstreitig Leistungen  $\hat{A}$ ½ber rund 1.750, $\hat{a}$   $\hat{a}$  in Anspruch genommen worden.

Der Hilfsantrag hat hingegen teilweise Erfolg. Die Pflichtversicherung in der KVLG ist nach  $\frac{\hat{A}\S}{22}$  Abs.1 KVLG erst ab 13. August 2016 erfolgt.

Andere BefreiungsmĶglichkeiten bestanden und bestehen allerdings nicht. Auf die zutreffenden Ausfļhrungen des SG hierzu wird Bezug genommen.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193 SGG</u> und entspricht dem Ergebnis in der Sache.

Die Revision wird wegen grundsAxtzlicher Bedeutung nach A§ 160 Abs. 2 Nr. 2 SGG

zugelassen.

Â

Erstellt am: 16.08.2023

Zuletzt verändert am: 22.12.2024